

## **Zwischen**

der Kath. Kirchengemeinde St. Peter, Endingen, im folgenden Kirchengemeinde genannt, vertreten durch den Katholischen Stiftungsrat,

## **und**

der bürgerlichen Gemeinde Endingen, im folgenden bürgerliche Gemeinde genannt, vertreten durch den Bürgermeister,

wird folgender

# **VERTRAG**

über den Betrieb des Katholischen Kindergartens in Endingen, Königschaffhauserstr. 15, abgeschlossen.

## **§ 1**

### **Grundstück, Gebäude**

- 1) Auf einem ca. 20 ar großem Grundstück des „Schwobthaler-Geländes“, das sich im Eigentum der Kirchengemeinde befindet, (Flst.Nr. 5873,5857,5855 und 5882 der Gemarkung Endingen) wird ein Kindergartengebäude mit drei Gruppenräumen und dreizehn Nebenräumen erstellt.  
Die Baumaßnahme wird von der Stadt Endingen als Bauherr im Benehmen mit der Kath. Kirchengemeinde (Bauausschuss) durchgeführt. Die Planung und Objektüberwachung erfolgen durch das Stadtbauamt Endingen, wobei die Fachaufsicht des Caritasverbandes zu Rate gezogen wird.  
Die Stadt Endingen übernimmt die entstehenden Baukosten in voller Höhe. Zu den Baukosten zählen auch der Aufwand für die Hausanschlüsse ( Wasser, Kanalisation, Strom usw.) sowie etwaige Erschließungsbeiträge.  
Die Kosten der Ersteinrichtung werden kirchlicherseits übernommen.
- 2) Zukünftige Ersatz-, Um- und Erweiterungsbauten sowie größere Sanierungsmaßnahmen obliegen der Kirchengemeinde.
- 3) Zur Finanzierung der Baukosten gemäß vorstehendem Abs. 2 leistet die bürgerliche Gemeinde einen Zuschuss in Höhe von mindestens 70% des durch sonstige öffentliche Zuschüsse nicht gedeckten Aufwands. Kirchliche Zuschüsse, Sammelgelder und Spenden bleiben dabei außer betracht.
- 4) Bauumfang, Gesamtkosten und Baubeginn der einzelnen Maßnahmen nach Abs. 2 werden im Einvernehmen mit der bürgerlichen Gemeinde festgelegt.

## **§ 2**

### **Rechtsträger, Betriebsträger**

- 1) Die Kirchengemeinde betreibt auf dem in § 1 genannten Grundstück mit daraufstehendem Gebäude einen Kindergarten.
- 2) Rechtsträger (Betriebsträger) des Kindergartens ist die Kirchengemeinde.

### **§ 3**

#### **Anzuwendende Vorschriften**

Der Träger ist dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V. angeschlossen. Für die Einrichtung und den Betrieb des Kindergartens gelten das Kindergartengesetz des Landes Baden- Württemberg in seiner jeweils gültigen Fassung und die hierzu erlassenen Verordnungen und Richtlinien des für den Kindergartenbereich zuständigen Ministeriums, die von der Erzdiözese Freiburg für die Einrichtung und den Betrieb von Kindertagesstätten erlassenen Rechtsvorschriften und Richtlinien, insbesondere die Kindergartenordnung, sowie die vom Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V. erlassenen Bekanntmachungen und Empfehlungen.

### **§ 4**

#### **Mitarbeiterinnen des Kindergartens**

Die Kirchengemeinde stellt entsprechend dem Stellenplan die erforderlichen Fachkräfte und die entsprechenden Hilfskräfte an.

Das Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach den arbeitsrechtlichen Regelungen der Erzdiözese Freiburg in ihrer jeweils geltenden Fassung.

Der Dienst für die erzieherisch tätigen Mitarbeiter wird durch die kirchliche Dienstordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung geregelt.

### **§ 5**

#### **Leistungen der Kirchengemeinde**

- 1) Die Kirchengemeinde sorgt für fachgerechte Erziehung und religiöse Bildung der Kinder.
- 2) die Kirchengemeinde ist verantwortlich für den Betrieb des Kindergartens und kommt für den Aufwand des laufenden Betriebes auf, soweit die Ausgaben nicht nach Maßgabe der §§ 6 und 7 gedeckt werden können.

### **§ 6**

#### **Elternbeitrag, Betriebskosten**

- 1) Zur Bestätigung der Sorgspflicht der Eltern für ihre Kinder wird ein Elternbeitrag erhoben, dessen Höhe den jeweils geltenden Richtlinien der Erzdiözese Freiburg entsprechen soll. Der Elternbeitrag dient zur Finanzierung der Betriebskosten des Kindergartens.
- 2) Zu den Betriebskosten des Kindergartens gehören insbesondere
  - a) Personalkosten einschl. personalbezogener Ausgaben (z.B. für Fortbildung und Vertretung);
  - b) Heizung, Reinigung, Beleuchtung und sonstige Bewirtschaftungskosten;
  - c) Spiel- und beschäftigungsmaterial;
  - d) Ersatzbeschaffungen und Reparaturen von Einrichtungsgegenständen, soweit es sich nicht um Kosten der Ersteinrichtung handelt (vgl. hierzu Regelung unter § 1 Abs. 1);

- e) Verwaltungs- und Geschäftsbedarf (z.B. Kosten für Telefon, Rechnungsführung, Aufstellung des Sonderhaushaltsplans);
  - f) aufwand für die laufende Unterhaltung des Gebäudes und des Grundstücks samt Außenanlagen, Schönheitsreparaturen, Instandsetzungen, Renovationen, kleinere Sanierungen), Erbbauzinsen, Steuern, Abgaben und Versicherungen, soweit sie das Gebäude und das Grundstück betreffen;
- 3) Wird der Elternbeitrag auf Verlangen der bürgerlichen Gemeinde unter dem jeweils geltenden Richtsatz des Erzb. Ordinariats Freiburg festgelegt, hat sie den dadurch bedingten Beitragsausfall der Kirchengemeinde zu ersetzen, soweit sie sich nicht bereits gem. § 7 Abs. 1 daran beteiligt.

## **§ 7**

### **Leistungen der bürgerlichen Gemeinde**

- 1) Die Betriebskosten des Kindergartens (Personal- und Sachkosten) werden in folgender Weise aufgebracht:
- 1. durch Elternbeiträge;
  - 2. durch öffentliche Zuschüsse des Landes und der Gemeinde zu den Personalkosten nach § 8 des Kindergartengesetzes ( der Zuschuss der bürgerlichen Gemeinde beträgt derzeit 40%);
  - 3. ein nach Anrechnung der Einnahmen (Ziff. 1 und 2) verbleibender Fehlbetrag der Betriebskosten wird je zur Hälfte vom Betriebsträger (Kirchengemeinde) und der Gemeinde getragen.

Die Betragsmäßige Höhe des Zuschusses der bürgerlichen Gemeinde wird jährlich auf der Grundlage des Bewilligungsbescheides des Landratsamtes über die Gewährung von Landeszuschüssen zu den Kindergartenpersonalkosten (was die Beteiligung an den anrechnungsfähigen Personalkosten betrifft) und durch das Rechnungsergebnis (was die Beteiligung am Restdefizit anbelangt) bestimmt.

Dem Sonderhaushaltsplan des Kindergartens entsprechend leistet die bürgerliche Gemeinde vierteljährlich im voraus Abschlagszahlungen auf diesen Zuschuss an die Kasse des Kindergartens. Die Schlusszahlung wird spätestens vier Wochen nach Vorlage der Abrechnung für das laufende Rechnungsjahr geleistet.

- 2) Der Sonderhaushaltsplan des Kindergartens und die Jahresrechnung werden der bürgerlichen Gemeinde zur Einsichtnahme vorgelegt. Auf Wunsch kann sie in einzelne Rechnungsbelege der Kindergartenrechnung Einsicht nehmen.
- 3) Die Rechnungsprüfung erfolgt durch das Erzb. Ordinariat Freiburg.
- 4) Sollten auf Landesebene zwischen kirchlichen und kommunalen Vertretungen andere Abmachungen über die Verteilung der Betriebskosten getroffen werden, sind die Vertragspartner bereit, über eine Änderung dieser Vereinbarung zu verhandeln. Dies gilt entsprechend auch bei Änderungen der Personalkostenbezuschung durch das Land.

## **§ 8**

### **Personaleinstellung**

Einstellung und Entlassung des Personals erfolgen durch die Kirchengemeinde.

## **§ 9**

### **Regelung bei Einstellung des Betriebes**

Sollte die Kirchengemeinde aus von ihr zu vertretenden Gründen den Betrieb des Kindergartens einstellen, so verpflichtet sie sich, die geleisteten Investitionszuschüsse der bürgerlichen Gemeinde gemäß § 1 Abs. 1 unter Berücksichtigung einer Abschreibung von jährlich 4% zurückzuzahlen.

## **§ 10**

### **Aufnahme der Kinder**

Die Kirchengemeinde verpflichtet sich, Kinder ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis und ihre Nationalität im Rahmen der zur Verfügung stehenden Plätze in den Kindergarten aufzunehmen, soweit sie das 3. Lebensjahr vollendet haben.

## **§ 11**

### **Dauer des Vertrages**

- 1) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jedem der Vertragspartner mit einer Kündigungsfrist von 1 Jahr zum Ende des Kindergartenjahres gekündigt werden.  
Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- 2) Der Vertrag tritt mit Wirkung vom 01.11.1994 in Kraft.  
Zugleich treten folgende seitherige Regelungen außer Kraft.

## **§ 12**

### **Genehmigungsvorbehalt**

- 1) Der Vertrag sowie Änderungen des Vertrages bedürfen der Genehmigung des Erzb. Ordinariates in Freiburg i. Br..
- 2) Von diesem Vertrag erhalten die bürgerliche Gemeinde, die Kirchengemeinde, das Kuratorium, der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg i. Br., das Erzb. Ordinariat Freiburg, die mit der Rechnungsführung beauftragte Verrechnungsstelle für Kath. Kirchengemeinden und der Gemeindetag Baden-Württemberg in Stuttgart je eine Fertigung.

Endingen, 01.11.1994

Für die bürgerliche Gemeinde:

Für die Kath. Kirchengemeinde:

Helmut Eitenbenz  
Bürgermeister

Kath. Stiftungsrat